



# Rathaus Umschau

**Mittwoch, 26. Oktober 2011**

Ausgabe 204

[muenchen.de/ru](http://muenchen.de/ru)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Terminhinweise</b>	<b>2</b>
<b>Meldungen</b>	<b>4</b>
› Stadtrat beschließt Optimierung des Zentralen Telefonservice und Einführung der Behördenrufnummer 115	4
› Erinnerungstafel an Gleis 11 im Münchner Hauptbahnhof – 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei	5
› Kampagne „Laut gegen Brauntöne“ geht in die Verlängerung	7
› 50 Jahre Mathilde-Eller-Schule	8
› Mehr Parkmöglichkeiten an den Friedhöfen zu Allerheiligen	9
› Ausstellung zum Wettbewerb „Erster Realisierungsabschnitt Wohnstandort Freiam Nord“	11
› Nachlass Monika Mann – digital in der Monacensia	12
<b>Antworten auf Stadtratsanfragen</b>	<b>13</b>
› Geht der Finanzchef der Städtischen Klinikum GmbH freiwillig in Urlaub? Was sind die wahren Gründe?	13
› Lauschangriff durch die Polizei – auch bei Demos in München?	15
› Welche Hemmnisse gibt es bei der Einbürgerung in München?	17
<b>Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat</b>	<b>22</b>



## Terminhinweise

**Heute, Mittwoch, 26. Oktober, 14 Uhr, Sparkassenhaus,  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Charlottenstraße 47, Berlin**

Oberbürgermeister Christian Ude leitet die Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags.

**Donnerstag, 27. Oktober, 9 Uhr, Sparkassenhaus,  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Charlottenstraße 47, Berlin**

Oberbürgermeister Christian Ude leitet die Hauptausschusssitzung des Deutschen Städtetags, an der auch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, teilnimmt. Themen der Sitzung sind u.a. die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, der Rechtsrahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr, der Bundesfreiwilligendienst und der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für unter Dreijährige.

Wiederholung

**Donnerstag, 27. Oktober, 14 Uhr,  
Mathilde-Eller-Schule, Klenzestraße 27**

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Mathilde-Eller-Schule, Förderzentrum mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung.

Wiederholung

**Donnerstag, 27. Oktober, 16.30 Uhr,  
DGB-Haus, Schwanthalerstraße 64**

Bürgermeisterin Christine Strobl begrüßt die Jubilarinnen und Jubilare, die seit 25, 40, 50 oder 60 Jahren Mitglieder der Gewerkschaft verdi sind.

Wiederholung

**Donnerstag, 27. Oktober, 18 Uhr,  
Deutsches Museum, Zentrum Neue Technologien, Museumsinsel 1**

Der Träger des Pettenkoferpreises 2011 hat sich gegen weitere sechs Bewerber durchgesetzt und wird mit einer Urkunde von Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, der auch Mitglied im Kuratorium der Pettenkofer-Stiftung ist, ausgezeichnet. Neben der Urkunde erhält der Preisträger ein Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro, das von der Siemens Healthcare Diagnostics GmbH, Eschborn, gesponsert wird. Der Pettenkoferpreis wird im zweijährigen Turnus von der Landeshauptstadt München

verliehen. Die Stiftung dient der Förderung der Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und praktischen Hygiene und medizinischen Mikrobiologie. Die Preisverleihung findet im Rahmen der aktuellen Sonderausstellung „MenschMikrobe – Das Erbe Robert Kochs und die moderne Infektionsforschung“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Robert Koch-Instituts (RKI), die in München in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) und dem Deutschen Museum von 22. September bis 15. Januar präsentiert wird, statt.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung

**Donnerstag, 27. Oktober, 19 Uhr, Münchner Stadtmuseum**

Zur Eröffnung der Ausstellung „Karl Hubbuch und das neue Sehen. Fotografien, Gemälde, Zeichnungen 1925 - 1935“ sprechen Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie, und Karin Koschkar, Kuratorin der Ausstellung. Die Sammlung Fotografie des Münchner Stadtmuseums präsentiert erstmals den fotografischen Nachlass des neusachlichen Malers Karl Hubbach (1891 - 1979). Im Fokus der Ausstellung, die mehr als 200 Fotografien, Zeichnungen und Gemälde beinhaltet, stehen zwei thematische Schwerpunkte: das Modellbildnis und das Straßenleben mit Stadtansichten. Die Ausstellung ist vom 28. Oktober 2011 bis 4. März 2012 Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr zu besichtigen.

**Achtung Redaktionen:** Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 27. Oktober, um 11 Uhr.

Wiederholung

**Donnerstag, 27. Oktober, 19 Uhr,**

**Färberei, Claude-Lorrain-Straße 25, Rückgebäude**

Ausstellungseröffnung „Pastinaken raus!“ im Rahmen der städtischen Kampagne „Laut gegen Brauntöne.“ Es sprechen in Vertretung des Oberbürgermeisters Stadträtin Gabriele Neff (FDP) und Tom Rausch, Vorsitzender des Kreisjugendrings München-Stadt. Für die Ausstellung verwandelt sich die Färberei vom 27. Oktober bis zum 10. November in ein „deutsches Zuhause.“ Zusätzlich wird im JIZ-Schaukasten ein Wohnzimmer mit Videos eingerichtet. Begleitet wird die Ausstellung von Filmen, Lesungen, Workshops für Kinder und Jugendliche mit Künstlern der Färberei, Graffiti, Performance und Aktionen im öffentlichen Raum. Die Münchner Kammerspiele bieten vom 7. bis 10. November in den Räumen der Färberei für Schüler- und Jugendgruppen ab Klasse 8 Theaterworkshops an.

**Sonntag, 30. Oktober, 13 Uhr, Hauptbahnhof, Gleis 11**

Oberbürgermeister Christian Ude enthüllt die Erinnerungstafel der Münchner Künstlerin Gülcan Turna im Rahmen des Veranstaltungsprogramms „München sagt Danke!“ zur Feier des 50. Jahrestags des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei. Mit einem Grußwort von Klaus-Dieter Josel, DB-Konzernbevollmächtigter für Bayern, und einem Gespräch mit Elena Tsakmaki und Selahattin Biner (ehemalige Gastarbeiterin und ehemaliger Gastarbeiter aus Griechenland und der Türkei), einem Beitrag der Künstlerin Gülcan Turna und Musik der Münchner Express Brass Band. Die Veranstaltung wird moderiert von Osman Okkan, Vorstandssprecher des KulturForum TürkeiDeutschland.

*(Siehe auch unter Meldungen)*

**Achtung Redaktionen:** Journalistinnen und Journalisten werden gebeten, sich vorab bei der Pressestelle der Deutschen Bahn zu akkreditieren unter [presse.m@deutschebahn.com](mailto:presse.m@deutschebahn.com)

**Sonntag, 30. Oktober, 17 Uhr, Saal des Alten Rathauses**

Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte beim Stehempfang anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Deutsch-Türkischen Anwerbeabkommens.

## Meldungen

**Stadtrat beschließt Optimierung des Zentralen Telefonservice und Einführung der Behördenrufnummer 115**

(26.10.2011) Die Vollversammlung des Stadtrats hat jetzt ein Maßnahmenpaket zur Optimierung des Zentralen Telefonservice (ZTS) der Stadt beschlossen, mit dem gleichzeitig die Voraussetzungen zur Einführung der Einheitlichen Behördenrufnummer 115 in München zur Jahresmitte 2012 geschaffen werden.

Eine Bürgerbefragung des Direktoriums vom Herbst 2010 hatte ergeben, dass die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der telefonischen Erreichbarkeit der Dienststellen der Stadtverwaltung durch die Umsetzung von Sofortmaßnahmen und die Einführung eines neuen Schulungskonzeptes deutlich gesteigert werden konnte: Waren die Befragten 2007 noch zu zwei Dritteln unzufrieden mit der telefonischen Erreichbarkeit, so äußerten sich nun rund zwei Drittel zufrieden. Jetzt werden weitere Verbesserungen umgesetzt, um die Zufriedenheitsquote weiter zu steigern und dauerhaft auf einem hohen Niveau zu halten.



Die Stadt investiert in die Optimierung des ZTS rund 250.000 Euro. Hinzu kommen zunächst zusätzliche Personalkosten in Höhe von jährlich 240.800 Euro, die voraussichtlich aber mittelfristig wieder eingespart werden können, weil infolge der Optimierung des ZTS und der Einführung der Servicenummer 115 weniger Anrufe bei den dezentralen Servicetelefonen der Referate eingehen werden.

Durch die im Jahr 2009 bereits unabhängig von der Einführung der Servicenummer 115 in die Wege geleitete Optimierung des ZTS werden gleichzeitig die Voraussetzungen für die Aufschaltung auf die bundesweite Behördenrufnummer geschaffen, die im Juli 2012 erfolgen soll. Damit greift die Stadt eine Initiative der Bundesregierung auf, die die Servicenummer 115 bis zum Jahr 2013 bundesweit einführen möchte und bietet dadurch ihren Bürgerinnen und Bürgern einen zusätzlichen zukunftsorientierten Service an.

Ob Termine beim Standesamt, Fragen zu Formularen, zu Gebühren oder zum Rentenbescheid – unter der Rufnummer 115 wird Auskunft erteilt, unabhängig davon, welche der drei Verwaltungsebenen – Bund, Länder oder Kommunen – betroffen ist. Dezentrale Serviceeinheiten von Kommunen, Ländern und Bund werden über ein Wissensmanagement-System intelligent vernetzt, so dass Informationen schnell und kompetent abrufbar sind. Die 115 hilft damit, die Bürgernähe der Verwaltung zu verbessern. Die Infrastruktur der bundesweiten Vernetzung im 115-Verbund wird gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Nach der Aufschaltung in München werden über die Anwahl der 115 die Bürgerinnen und Bürger im Einzugsbereich der Ortsnetzkennzahl 089 direkt mit dem Kommunalen Callcenter der Landeshauptstadt München verbunden.

Da der Vorwahlbereich 089 über das Stadtgebiet hinausgeht, hat die Stadt München kürzlich bei einer Veranstaltung im Rathaus die Landratsämter sowie die betroffenen Städte und Gemeinden der umliegenden acht Landkreise München, Bad Tölz - Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck und Starnberg über das Vorhaben informiert und zur Mitarbeit eingeladen.

### **Erinnerungstafel an Gleis 11 im Münchner Hauptbahnhof – 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei**

(26.10.2011) Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms zum 50-jährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei wird am Sonntag, 30. Oktober um 13 Uhr im Münchner Hauptbahnhof bei Gleis 11 die Erinnerungstafel der Münchner Künstlerin Gülcan Turna von Oberbürgermeister Christian Ude feierlich enthüllt.

Gülcan Turna gewann einen vom KulturForum TürkeiDeutschland ausgeschriebenen Wettbewerb zur Gestaltung eines künstlerischen Zeichens der Würdigung und Erinnerung an die Ankunft der über eine Million Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus Italien, Griechenland, Portugal, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, die zwischen 1955 und 1973 (Anwerbestopp) in Deutschland ankamen – in der Regel auf Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland boomte in den 1950er und 1960er Jahren nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Händeringend wurde nach Arbeitskräften für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gesucht. Also schloss die Bundesrepublik mit wirtschaftlich ärmeren Ländern so genannte Anwerbeabkommen: 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland – und 1961 mit der Türkei. Weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien u.a. sollten folgen.

Aus der Entscheidung der fünfköpfigen, internationalen Jury: „Die Arbeit von Gülcan Turna ist intelligent, poetisch, auch etwas nostalgisch.“ Sie basiert auf Gesprächen der Künstlerin mit Ankommenden „der ersten Stunde“ und greift interkulturelle Herausforderungen auf humorvolle Art auf. Zur Enthüllung gibt es ein Grußwort von Klaus-Dieter Josel, DB-Konzernbevollmächtigter für Bayern, sowie ein Gespräch mit Elena Tsakmaki und Selahattin Biner (ehemalige Gastarbeiterin/ehemaliger Gastarbeiter aus Griechenland beziehungsweise der Türkei), einen Beitrag der Künstlerin Gülcan Turna und Musik der Münchner Express Brass Band. Die Veranstaltung wird moderiert von Osman Okkan, Vorstandssprecher des KulturForum TürkeiDeutschland.

Im Anschluss an die Enthüllungsfeier trifft um zirka 14.40 Uhr der am 26. Oktober in Istanbul-Sirkeci gestartete „TRT-Kulturzug“ mit dem türkischen Vize-Premier Bülent Arınç und Staatsministerin Professorin Dr. Maria Böhmer, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, sowie weiteren Gästen am Münchner Hauptbahnhof ein. Das Zugprojekt wird veranstaltet von der türkischen Öffentlich-Rechtlichen TV- und Radioanstalt TRT und wird live im Bayerischen Rundfunk und TRT übertragen.

Um 20 Uhr dient das Gleis 11 als Treffpunkt für die Aufführung der Münchner Kammerspiele von „Gleis 11“ im Bunker am Münchner Hauptbahnhof: Anlässlich des Jahrestages und der sehr hohen Nachfrage wird das 2009/2010 entstandene, Dokumentartheaterprojekt „Gleis 11“ von Christine Umpfenbach und Paul Brodowsky wieder aufgenommen. Dabei werden die Abläufe am Originalschauplatz von Zeitzeugen nachgestellt und nacherzählt. Auf der Grundlage von zahlreichen Interviews erarbeitete der Autor Paul Brodowsky eine Textfassung, bei der sich dokumentarische und literarisch verdichtete Texte verbinden. (Weitere Aufführungen: 31. Oktober



bis 10. Dezember. Karten und Informationen: Münchner Kammerspiele, Telefon 2 33-9 66 00 oder [www.muenchner-kammerspiele.de](http://www.muenchner-kammerspiele.de))

Die Veranstaltung findet statt im Rahmen des Programms „München sagt Danke“ der Landeshauptstadt München und wird unterstützt vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München, der Bahn AG, der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH und der Daimler-Benz AG. Weitere Infos unter [www.muenchen-sagt-danke.de](http://www.muenchen-sagt-danke.de) oder beim Kulturforum TürkeiDeutschland unter der Telefonnummer 02 21/12 09 06 80.

### **Kampagne „Laut gegen Brauntöne“ geht in die Verlängerung**

(26.10.2011) Ursprünglich sollte das große Festival in der Muffathalle am kommenden Freitag, 28. Oktober, der Schlusspunkt der Kampagne „Laut gegen Brauntöne“ sein. Doch nun geht die Kampagne wegen des großen Erfolgs und vor allem wegen des vielfältigen Engagements der Partner in die Verlängerung. So wird bereits morgen Abend die Ausstellung „Pastinaken raus!“ in der Färberei, einer Künstlereinrichtung des Kreisjugendring München-Stadt, eröffnet, zu der es auch ein umfangreiches Rahmenprogramm geben wird – darunter auch Theaterworkshops mit den Münchner Kammerspielen. Die Kampagne endet nun erst im Januar 2012 mit einem großen Fest für alle Beteiligten und Partner in den Kammerspielen.

#### **Festival und CD**

Beim Festival „Laut gegen Brauntöne“ treten am 28. Oktober in der Muffathalle neben Rahman Abdullah alias RaKeeM, dem Gewinner des Bandwettbewerbs, auch Bluekill, The Royal Majestix feat. Les Babacools, The Exclusive und die Munich HipHop Allstars (mit Mitgliedern von VierZuEins, Main Concept, Creme Fresh & Boshi San, Blumentopf) auf. Als special guest spricht Oberbürgermeister Christian Ude. Außerdem gibt es ein Rahmenprogramm in der Muffathalle und im Muffatcafé (u.a. Fotoaktion des Münchner Schülerbüros, Filme, Spiele).

Der Abend beginnt um 18 Uhr mit der Podiumsdiskussion des Zündfunks/ Bayerischer Rundfunk mit dem Titel „Man wird ja wohl noch sagen dürfen!? Wenn Kritik in Diskriminierung umschlägt“ (weitere Infos finden sich auf [www.br-online.de/bayern2/zuendfunk/zuendfunk-szenetipp-zuendfunk-diskutiert-ID1318606368257.xml](http://www.br-online.de/bayern2/zuendfunk/zuendfunk-szenetipp-zuendfunk-diskutiert-ID1318606368257.xml)).

Der Eintritt kostet 4 Euro, beim Einlass zum Festival werden die Eintrittskarten gegen die CD „Laut gegen Brauntöne“ eingetauscht. Auf dieser CD finden sich 20 Beiträge aus dem Bandwettbewerb, sowie von anderen bekannten Münchner Musikern (wie Sportfreunde Stiller und LaBrassBanda). Die CD ist ab Freitag auch für Nicht-Festival-Besucher kostenlos erhältlich und kann in der Stadt-Information im Rathaus abgeholt oder im Internet unter [fgr@muenchen.de](mailto:fgr@muenchen.de) bestellt werden.

### ***Ausstellung „Pastinaken raus!“***

Am Donnerstag, 27. Oktober, findet um 19 Uhr die Vernissage zur Ausstellung „Pastinaken raus!“ in der Färberei, Claude-Lorrain-Straße 25, Rückgebäude, statt. An dem Ausstellungsprojekt im Rahmen der Kampagne „Laut gegen Brauntöne“ beteiligen sich verschiedene Künstlernetzwerke.

Für die Ausstellung verwandelt sich die Färberei vom 27. Oktober bis zum 10. November in ein „deutsches Zuhause“, bestehend aus drei Räumen: Vom altdeutschen Wohnzimmer, geht es über das Rechtsrock-Kinder und Jugendzimmer in die Herzkammer der Wohnung – in die so vertraute, gute Stube. Zusätzlich wird im JIZ-Schaukasten ein Wohnzimmer mit Videos eingerichtet. „Bei der Wohnungsbesichtigung wollen wir unseren eigenen rechten Tendenzen näherkommen, ohne die der anderen dabei zu vernachlässigen. Wir machen uns auf die Suche nach den Nazis da draußen und dem Nazi in uns“, erläutert Astrid Weindl von der Färberei das Ausstellungsprojekt.

Begleitet wird die Ausstellung mit Filmen, Lesungen, Graffiti, Performance, Workshops für Kinder und Jugendliche mit Künstlern der Färberei und unterstützenden Künstlern wie Michaela Melián. Eine Reportage zum „Pastinakenproblem“ wird von Anna-Louise Bath, Catherina Konrad und Lea Becker erstellt und für das leibliche Wohl sorgt an drei Sonntagen ein außergewöhnliches Weißwurstfrühstück: Bis zum Ende des Jahres finden auch Aktionen im öffentlichen Raum statt.

Die Münchner Kammerspiele bieten vom 7. bis 10. November in den Räumen der Färberei für Schüler- und Jugendgruppen ab Klasse 8 Theaterworkshops an. Motto: „Ein Zimmer für Deutschland“. Im Rahmen eines zweistündigen Workshops widmen sich Jugendliche der Frage: Was macht einen zum Rechtsextremen und wo fangen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit eigentlich an? Im Workshop erfahren sich die Jugendlichen als aktive und kreative Individuen, die im Probehandeln erleben, dass sie Bedingungen schaffen, Umstände ändern können und also ihrer selbst mächtig sind. Termin nach Absprache, Anmeldung unter 2 33-3 68 17 oder [elke.bauer@muenchen.de](mailto:elke.bauer@muenchen.de)

### **50 Jahre Mathilde-Eller-Schule**

(26.10.2011) Am 27. Oktober, dem 50. Jahrestag der Einweihung ihres Schulgebäudes im Jahr 1961, feiert die Mathilde-Eller-Schule mit einem Festakt ihr 50-jähriges Bestehen am Standort in der Klenzestraße 27. Die Schule war damals die erste und ist immer noch die einzige staatliche Schule Münchens mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Eine eigene Schule für Kinder mit einer geistigen Behinderung mit speziell



für sie geschaffenen und eingerichteten Klassenzimmern war in der damaligen Zeit, in der es noch kein gesetzlich verankertes Recht auf schulische Bildung für behinderte Kinder gab, eine absolutes Novum. Erst 1965 verabschiedete der Bayerische Landtag ein grundlegendes Recht auf Bildung für alle Menschen, unabhängig vom Schweregrad ihrer Beeinträchtigung. Die Schulgründerin Mathilde Eller hatte gemeinsam mit Professor Dr. Otto Speck, emeritierter Universitätsprofessor für Sonderpädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München und in den 60er Jahren junger Lehrer an der Mathilde-Eller-Schule, den entscheidenden Gesetzesentwurf erarbeitet und in den bildungspolitischen Ausschuss des Landtages eingebracht. Professor Dr. Otto Speck wird beim Festakt zum 50-jährigen Jubiläum der Schule den Festvortrag halten.

Die Feier am 27. Oktober bildet den Beginn einer Veranstaltungsreihe, in der aus Anlass des Jubiläums monatlich mit einem besonderen Ereignis verschiedene Aspekte des Schullebens vorgestellt werden: Es beginnt im November mit einer Ausstellung zur Schulgeschichte, im Januar folgt die „lange Filmnacht“ mit Filmen des seit zehn Jahren bestehenden Schulfernsehens. Außerdem ist eine Vielzahl von Konzerten und sonstigen Veranstaltungen geplant. Der Reigen der Jubiläumsveranstaltungen endet mit dem traditionellen Sommerfest im Juni, in dessen Rahmen ein mit Schülerinnen und Schülern gestalteter Mathilde-Eller-Gedenkort in der Schule eingeweiht werden wird. Nähere Informationen zu den Terminen im Jubiläumsjahr der Mathilde-Eller-Schule im Internet unter [www.mes.musin.de](http://www.mes.musin.de)

### **Mehr Parkmöglichkeiten an den Friedhöfen zu Allerheiligen**

(26.10.2011) Zu Allerheiligen werden rund um die Münchner Friedhöfe zusätzliche Parkflächen für die Friedhofsbesucher eingerichtet. Neben Taxi-standplätzen und Behindertenparkplätzen werden vor allem zusätzliche Pkw-Stellflächen sowie Anfahrtzonen für die Friedhofsbesucher in der Zeit vom 31. Oktober bis 2. November, jeweils von 7 Uhr bis 19 Uhr, geschaffen. Für Pkw werden zu den ohnehin vorhandenen Bereichen sowohl Parkplätze auf öffentlichem Verkehrsgrund (Aufhebung bestehender Haltverbotsbereiche) als auch auf Privatflächen ausgewiesen.

Die Parkmöglichkeiten sowie zusätzlich eingerichtete Behindertenstellplätze und Taxistände für die großen städtischen Friedhöfe im Einzelnen:

#### **Ostfriedhof:**

- zusätzliche Parkmöglichkeiten:
  - St.-Martin-Straße zwischen Severinstraße und östlich der Zufahrt zum Sportplatz
  - Parkplatz des V-Marktes an der Balanstraße: Die Zufahrt ist über das Tor an der St.-Martin-Straße möglich

- zusätzliche Behindertenstellplätze:
  - St.-Bonifatius-Straße Nordseite gegenüber Zugspitzstraße sowie St.-Martins-Platz Westseite und Nordseite
- zusätzliche Taxistandplätze:
  - St.-Martins-Platz auf der Ostseite der verlängerten Severinstraße sowie St.-Martin-Straße Nordseite beim Zugang Krematorium

**Friedhof Am Perlacher Forst:**

- Parkmöglichkeiten:
  - Friedhofsparkplatz an der Schwanseestraße südlich der Ständlerstraße
- zusätzliche Behindertenstellplätze:
  - Stadelheimer Straße Südseite (Höhe Schwanseestraße)
- zusätzliche Taxistandplätze:
  - Stadelheimer Straße Südseite, westlich des Haupteingangs zum Friedhof

**Waldfriedhof:**

- Parkmöglichkeiten:
  - Zöllnerstraße zwischen Kriegerheimstraße und Waldgartenstraße, Würmtalstraße östlich Kriegerheimstraße, die Parkflächen gegenüber Haupteingang zum Waldfriedhof östlich der Fürstenrieder Straße, in der Fürstenrieder Straße Ostseite, zwischen dem Fußgängerüberweg Höhe Haupteingang und der Waldfriedhofstraße sowie in der Forst-Kasten-Allee zwischen südlichem Eingang und Graubündener Straße
- zusätzliche Behindertenstellplätze:
  - Zöllnerstraße Südseite, westlich Friedhofseingang Lorettoplatz
- zusätzliche Taxistandplätze:
  - Fürstenrieder Straße Westseite, nördlich des Haupteingangs zum Waldfriedhof
  - Fahrbahn Lorettoplatz Ostseite

**Westfriedhof:**

- zusätzliche Parkmöglichkeiten:
  - Wintrichring Süd-Ostseite zwischen Nederlinger Straße und Dachauer Straße,
  - Dachauer Straße zwischen Wintrichring und Orpheusstraße, Baldurstraße Südseite längs der Heimgärten, Parkplatz vor dem Dantebad und die P+R-Tiefgarage und oberirdischer Bereich in der Orpheusstraße
- zusätzliche Behindertenstellplätze:
  - Baldurstraße Nordseite (Ortsfahrbahn) zwischen westlich der Zufahrt zur Kranzabgabe und westlichem Friedhofseingang

- zusätzliche Taxistandplätze:
  - Baldurstraße Nordseite, unmittelbar östlich des Friedhofeingangs
  - Baldurstraße nördlich Ortsfahrbahn vor der Aussegnungshalle

Die Friedhofsbesucher werden gebeten, den Beschilderungen und den Anweisungen der Polizei vor Ort zu folgen.

### **Ausstellung zum Wettbewerb „Erster Realisierungsabschnitt Wohnstandort Freiham Nord“**

(26.10.2011) Die Ergebnisse des Wettbewerbs zum „Ersten Realisierungsabschnitt Wohnstandort Freiham Nord“ sind vom 9. November bis 9. Dezember, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr im Foyer des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28 b, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung wird am 8. November um 18 Uhr von Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk eröffnet. Dazu sind der Vorsitzende des Preisgerichtes, Professor Thomas Jocher, und die ersten Preisträger eingeladen.

Eine kostenlose öffentliche Führung zur Ausstellung wird am Mittwoch, 16. November, um 17 Uhr angeboten. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

Der städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerb für den ersten Realisierungsabschnitt Freiham Nord, bei dem auf 70 Hektar zirka 3.000 Wohneinheiten entstehen sollen, ist entschieden. Das Planungsgebiet ist zweigeteilt: der Bereich um das künftige Stadtteilzentrum (Teilbereich A – zirka 29 Hektar) und der an Neuaubing angrenzende Siedlungsbereich (Teilbereich B – zirka 45 Hektar) wurden von unterschiedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bearbeitet. Den ersten Preis für den Teilbereich A hat das Preisgericht unter Vorsitz von Professor Thomas Jocher der Arbeitsgemeinschaft der Büros Ortner & Ortner Baukunst, BSM Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung und Topotek 1, alle Berlin, zuerkannt. Für seine Planungen im Teilbereich B wurde das Büro west 8 urban design & landscape architecture, Rotterdam, mit dem ersten Preis ausgezeichnet.

Auf Grundlage der beiden Entwürfe soll der Wohnstandort Freiham entstehen. Die Entwicklung basiert auf dem Gedanken des „Stadtweiterbaus“: Verbindungen und Nachbarschaften zwischen dem bestehenden Stadtviertel Neuaubing und Freiham sind das Ziel. Dabei gilt es, identitätsstiftende Elemente aus der Umgebung in die Planung zu integrieren und den Stadtrand und die westliche Stadteinfahrt neu zu schaffen.

Der Wettbewerb ist der erste Schritt zur Realisierung des neuen Stadtteils Freiam, der innerhalb von 30 Jahren Wohnraum für 18.000 bis 20.000 Bürgerinnen und Bürger bieten wird. Der Baubeginn für die ersten Wohnungen wird 2014 angestrebt.

### **Nachlass Monika Mann – digital in der Monacensia**

(26.10.2011) Per Mouseclick ins Archiv: Das Literaturarchiv der Monacensia präsentiert erstmals einen Nachlass in vollständig digitalisierter Form: Die Monacensia stellt ab sofort unter [www.mann-digital.de](http://www.mann-digital.de) den literarische Nachlass der Schriftstellerin und Journalistin Monika Mann (1910 bis 1992) im Internet zur Verfügung. Rund 500 Dokumente, darunter über 100 Briefe, 350 Zeitungsartikel, Prosamanuskripte und das erst kürzlich entdeckte New Yorker Tagebuch, sind im Maßstab 1:1 in einem hochauflösenden, einwandfrei lesbaren Format einsehbar. Der Zugang steht jedem Interessierten ohne Einschränkung offen und ist kostenfrei.

Monika Mann wurde 1910 als viertes Kind von Katia und Thomas Mann in München geboren. Ihr Leben war geprägt durch Ausbürgerung und Staatenlosigkeit, Flucht und Exil in Europa und Amerika, vor allem auch durch den traumatischen Verlust ihres Mannes, der bei einem deutschen U-Boot-Angriff vor ihren Augen ertrank. Nach ihrer Rückkehr aus den USA lebte sie 30 Jahre auf der Insel Capri und arbeitete als Schriftstellerin, Journalistin und Feuilletonistin. Die literarische Welt wurde erst in letzter Zeit auf die Schriftstellerin Monika Mann aufmerksam. Für viele Literaturwissenschaftler gilt sie als echte Entdeckung.

Die Digitalisierung des Nachlasses gibt ab sofort jedem Interessierten die Möglichkeit, sich selbst auf die Spuren von Monika Mann zu begeben und ihr Leben und Werk zu entdecken.

Der Nachlass Monika Mann – digital bildet den Auftakt für ein Projekt zur schrittweisen Digitalisierung aller Briefe, Manuskripte und Dokumente der Familie Mann, die sich im Literaturarchiv der Monacensia befinden. Mit den kompletten Nachlässen von Klaus und Erika Mann, über 800 Briefen und Manuskripten von Thomas Mann sowie zahlreichen Archivalien von Golo, Monika, Michael und Elisabeth Mann ist die Monacensia eine international vielbeachtete Forschungsstelle zur Familie Mann.

Informationen zu den Nachlässen im Literaturarchiv der Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, unter: [www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia](http://www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia).



# Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 26. Oktober 2011

## **Geht der Finanzchef der Städtischen Klinikum GmbH freiwillig in Urlaub? Was sind die wahren Gründe?**

Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 24.10.2011

### **Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:**

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Sie beziehen sich in Ihrer Anfrage auf die Münchner Presse, wonach der kaufmännische Geschäftsführer der Städtisches Klinikum München GmbH, Franz Hafner, jetzt seinen Jahresurlaub angetreten hat. Vor dem Hintergrund, dass die GmbH in ihrer tiefsten Krise steckt, ein Defizit für 2011 von bis zu 43 Mio. Euro erwartet wird und derzeit ein Sanierungskonzept für die Aufsichtsratssitzung am 25.11.2011 erarbeitet wird, kann es sich nicht um einen „normalen“ Jahresurlaub handeln.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet.

### **Frage 1:**

*Was sind die wahren Hintergründe für den „Urlaub“ des Finanz-Geschäftsführers Franz Hafner?*

### **Antwort:**

Herr Hafner hat aus persönlichen Gründen um Urlaub gebeten.

### **Frage 2:**

*Ist eine Neubesetzung dieser Position in der Geschäftsleitung geplant?*

### **Antwort:**

Es ist keine Neubesetzung geplant.



**Frage 3:**

*Warum wurde Herr Hafner – falls Unfähigkeit der Grund für den „Urlaub“ sein sollte – nicht schon im vergangenen Jahr gemeinsam mit seinen Kollegen der Geschäftsleitung freigesetzt?*

**Antwort:**

Es waren keine Umstände bekannt, die für eine Freisetzung auch von Herrn Hafner Veranlassung gegeben hätten.



## **Lauschangriff durch die Polizei – auch bei Demos in München?**

Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 8.7.2011

### **Antwort Kreisverwaltungsreferat:**

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage vom 08.07.2011 zur Beantwortung überlassen.

Inhaltlich teilten Sie folgendes mit:

*„Bei einer Demonstration gegen einen Naziaufmarsch, im Februar in Dresden, sammelte die sächsische Polizei Handydaten, hörte Gespräche ab, las SMS mit und wertete die Daten dann anschließend aus. Diese ‚Totalüberwachung‘ wurde in den Medien sowie von Datenschützern und Menschenrechtsaktivisten scharf kritisiert. Zumal die ausgewerteten Daten verwendet wurden, um Strafbefehle gegen Demonstrationsteilnehmer/innen zu stellen. Wenn Bürger/innen in Zukunft mit einer Totalüberwachung bei Demonstrationen rechnen müssen, steht dies im Widerspruch mit dem Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.*

*Auch im Nachgang der Demonstration sammelte die Polizei systematisch Informationen über Demonstrationsteilnehmer/innen. So trat sie an Busunternehmen heran und forderte Auskunft über Reisende, Strecken und Verträge. Auch wollten die Beamten wissen, wo Fahrgäste ein- und ausstiegen, worüber sie sprachen und welche Transparente sie bei sich trugen. Ebenfalls erkundigten sie sich nach Mietverträgen und Kopien der Ausweise der Kunden (Tübinger Allgemeine vom 03.07.2011).“*

Hierzu haben Sie die folgenden sechs Fragen gestellt:

#### **Frage 1:**

*Wurden bei Demonstrationen in München von der Polizei ebenfalls Handydaten gesammelt, Gespräche abgehört und SMS mitgelesen?*

#### **Frage 2:**

*Wenn ja, wurden diese Daten von der Polizei im Nachgang der Demonstrationen ausgewertet?*



**Frage 3:**

*Wenn ja, wurden aus diesen Daten Strafbefehle konstruiert?*

**Frage 4:**

*Müssen Teilnehmende von Demonstrationen in München künftig damit rechnen, dass sie, wie in Dresden, abgehört und bespitzelt werden?*

**Frage 5:**

*Wurden von der Polizei nach Demonstrationen in München Busunternehmen befragt (Auskunft über Reisende, Strecken und Verträge, wo Fahrgäste ein- und ausstiegen, worüber sie sprachen und welche Transparente sie bei sich trugen. Erkundigung nach Mietverträgen und Kopien der Ausweise von Kunden)?*

**Frage 6:**

*Wenn nein, droht dies bald Demonstrierenden, die beispielsweise zur Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz anreisen?*

**Antwort zu 1 - 6:**

Die Stadt verfügt hierzu über keine eigenen Erkenntnisse. Ihr Informationsrecht beschränkt sich auf Auskünfte, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen. Ich empfehle Ihnen, sich bei Informationsbedarf an das Polizeipräsidium München zu wenden.





### **Welche Hemmnisse gibt es bei der Einbürgerung in München?**

Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 14.7.2011

#### **Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:**

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, Ihre im Betreff genannte Anfrage zu beantworten. Für die gewährte Terminverlängerung danke ich Ihnen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Oberbürgermeister teile ich Ihnen zu Ihrer Anfrage folgendes mit:

#### **Frage 1:**

*Wie viele Menschen erhielten von 2001 bis 2009 die deutsche Staatsangehörigkeit durch die Ermessenseinbürgerung, wie viele durch die Anspruchseinbürgerung?*

#### **Antwort:**

Im Zeitraum von 2001 bis 2009 wurden 20.126 Personen im Rahmen von Anspruchseinbürgerungen eingebürgert. 7730 Personen konnten im Ermessen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Die Anspruchseinbürgerungen beziehen sich hierbei nicht nur auf die Vorschrift des § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz – StAG (vormals §§ 85, 86 Ausländergesetz – AuslG), sondern auch auf die Vorschrift des § 40 b StAG sowie die nicht so häufig vorkommende Einbürgerungsgrundlagen wie z.B. § 21 des Gesetzes über die Rechtstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (HAG). Bei den Ermessenseinbürgerungen sind auch die Miteinbürgerungen von Ehegatten und Kindern bei Anspruchsberechtigten eingerechnet.

#### **Frage 2:**

*Wie werden die Menschen mit ausländischem Pass über die Einbürgerungsmöglichkeiten informiert?*

#### **Antwort:**

Zu dieser Frage erlauben wir uns auf die Beschlussvorlage Nr. 08-14/V 07306 für die Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses vom 26.07.2011 zu verweisen, in der u.a. auch die Information und Beratung von Einbürgerungsbewerbern dargestellt wurden (s. Seite 10):

Neben den ausführlichen Informationen auf der Internet-Seite des KVR wird eine vom Ausländerbeirat herausgegebene Broschüre in der Ausländerbehörde an Empfänger einer Niederlassungserlaubnis verteilt. Die Broschüre liegt auch an den Servicepoints der Ausländerbehörde aus. Die Einbürgerungsbehörde hat in den letzten Jahren außerdem an mehreren Informationsveranstaltungen für verschiedenste Zielgruppen teilgenommen, u.a. auch in einer Moschee.

Allerdings ist sowohl in Broschüren als auch im Internetauftritt der Behörde nur eine Beratung hinsichtlich der generellen Grundlagen eines Einbürgerungsverfahrens möglich. Eine umfassende Beratung hinsichtlich der persönlichen Situation jedes einzelnen Interessenten findet im KVR statt. Dieses Angebot haben im laufenden Jahr 2011 bereits weit über 3.000 Interessenten wahr genommen. Nach den bisher vorliegenden Zahlen für 2011 ist mit rund 3.800 Neuanträgen zu rechnen.

**Frage 3:**

*In welchen Sprachen existiert Informationsmaterial?*

**Antwort:**

Eine Grundvoraussetzung der Einbürgerung ist das Vorliegen ausreichender Deutschkenntnisse. Daher sind sowohl die Informationsbroschüre des Ausländerbeirates als auch der Internetauftritt der Dienststelle ausschließlich in deutscher Sprache gehalten.

Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind dann nachgewiesen, wenn der Einbürgerungsbewerber die Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) in mündlicher und schriftlicher Form erfüllt. Dies kann durch eine im Inland erfolgte Schul- und Berufsausbildung oder durch Vorlage eines Zeugnisses über die abgelegte Prüfung zum Zertifikat Deutsch nachgewiesen werden.

**Frage 4:**

*Welche Unterlagen werden für die Einbürgerung benötigt?*

**Antwort:**

Von jedem Einbürgerungsbewerber sind zum Nachweis der Identität Personenstandsunterlagen (z.B. Geburts- und Heiratsurkunden) vorzulegen. Desweiteren müssen zur Überprüfung der sonstigen Einbürgerungsvoraussetzungen Unterlagen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen (z.B. Einkommen, ausreichender Wohnraum) in Form von Arbeitgeberbescheinigungen

gen und Verdienstnachweisen bzw. Einkommensteuerbescheiden bei Selbständigen, Nachweise über die erforderlichen Sprachkenntnisse, der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Lebensverhältnisse in Deutschland vorgelegt werden.

**Frage 5:**

*Wie viel kostet ein Einbürgerungsverfahren (Gebühren allgemein und Kosten für benötigte Unterlagen, wie Geburtsurkunde, Sprachnachweis etc.)?*

**Antwort:**

Die Gebühr für die Einbürgerung beträgt 255 Euro, für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind 51 Euro.

Sofern die Deutschkenntnisse und die Kenntnisse der staatlichen Ordnung nachgewiesen werden können, müssen diese Kenntnisse durch das Zertifikat Deutsch, das gegen eine Gebühr von 160 Euro, und den Einbürgerungstest, der gegen eine Gebühr von 25 Euro abgelegt werden kann, nachgewiesen werden.

Die Kosten für die Ausstellung von Personenstandsurkunden bei ausländischen Behörden fallen unterschiedlich hoch aus, da sie von den länderspezifischen Vorschriften abhängig sind.

Bei bayerischen Standesämtern beträgt die Gebühr derzeit 10 Euro pro Urkunde.

**Frage 6:**

*Gibt es eine finanzielle Unterstützung durch die zuständigen Stellen, wenn sich das Einholen von Unterlagen extrem kostspielig gestaltet (Bsp. Reise in das Herkunftsland, um die Geburtsurkunde zu bekommen)?*

**Antwort:**

Die Anforderung der Unterlagen ist zur Überprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen erforderlich. Diese Voraussetzungen müssen durch geeignete Nachweise und Unterlagen, die durch die Antragsteller beschafft werden müssen, belegt werden. Die Kosten für die Beschaffung der Urkunden und Nachweise obliegen den Einbürgerungsbewerbern. Eine finanzielle Unterstützung ist nicht vorgesehen.

**Frage 7:**

*Wie lange dauert ein Einbürgerungsverfahren durchschnittlich?*

**Antwort:**

Zu diesem Punkt dürfen wir ebenfalls auf die o.g. Vorlage für den Kreisverwaltungsausschuss vom 26.07.2011 verweisen.

Auf Seite 4 wurde u.a. berichtet, dass die Dauer der Verfahren maßgeblich davon abhängt, ob eine Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit erforderlich bzw. möglich ist und ob Erkenntnisse der deutschen Sicherheitsbehörden über den/die Antragsteller/-in vorliegen. In Verfahren ohne Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit dauern die Verfahren zwischen 3 und 9 Monaten; in den anderen Fällen kommt die Dauer der Entlassungsverfahren im Herkunftsland hinzu, die zwischen 6 Monaten und 2 Jahren liegt und auf die die Einbürgerungsbehörde keinen Einfluss hat.

Desweiteren wurde dargestellt, dass die Dauer der Verfahren in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist.

**Frage 8:**

*Gelten die benötigten Unterlagen für das komplette Verfahren oder müssen bestimmte Urkunden und Zeugnisse ggf. noch einmal aktualisiert werden, weil sie nach einer bestimmten Zeit nicht mehr anerkannt werden bzw. gültig sind?*

**Antwort:**

Die vorgelegten Personenstandsunterlagen sind während des gesamten Verfahrens gültig. Sollte es tatsächlich während des Einbürgerungsverfahrens zu Änderungen der darin enthaltenen Personenstandsdaten kommen (z.B. eine Namensänderung oder Berichtigung des Geburtsdatums) so müssen diese Änderungen durch neue Urkunden belegt werden. Ebenso ist eine während dem Verfahren erfolgte Eheschließung oder Scheidung durch dementsprechende Unterlagen nachzuweisen.

Vor einer abschließenden Entscheidung im Einbürgerungsverfahren ist zu prüfen, ob sich seit Antragstellung Änderungen in den persönlichen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben haben. In der Regel sind die Verdienstrnachweise die einzigen Unterlagen, die nochmals angefordert werden, um einen ausreichenden Lebensunterhalt aktuell zu belegen.

Generell müssen Änderungen, die sich während des Verfahrens ergeben, unverzüglich gemeldet und nachgewiesen werden, weil sie für die Fortführung des Verfahrens von entscheidungserheblicher Bedeutung sein können. Leider kommen viele Einbürgerungsbewerber dieser Verpflichtung nicht nach, sodass von Seiten der Behörde wegen möglicher Änderungen nachgefragt werden muss.

**Frage 9:**

*Wer übernimmt in diesem Fall die Kosten für die aktualisierten Unterlagen?*

**Antwort:**

Die Kosten für die Beschaffung aktualisierter Unterlagen hat der Einbürgerungsbewerber zu tragen. Allerdings sind Unterlagen, die Änderungen nachweisen (z.B. Eheschließung, Arbeitsgeberwechsel, Umzug usw.), in der Regel bereits in Besitz der Antragsteller und können als Kopie oder auch per Email übersandt werden.

# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

---

## Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 26. Oktober 2011

### **Flughafenanbindung auf der S-8 Trasse in den Tunnel – Darstellung der Ergebnisse der Studie**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Christiane Hacker, Ingo Mittermaier,  
Alexander Reissl und Claudia Tausend (SPD)

### **Mehr Aufenthaltsqualität in der Prälat-Zistl-Straße**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Ulrike Boesser,  
Christiane Hacker, Heide Rieke und Claudia Tausend (SPD)

### **Gasabfüllanlage und Gaslagerung in Allach-Untermenzing**

Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

### **Weitere Geldverschwendung beim AWM?**

Antrag Stadträte Hans Podiuk, Georg Schlagbauer, Otto Seidl  
und Johann Stadler (CSU)

### **Optimierung des Liquiditäts- und Cashmanagements – Ursachen für den Stillstand bei Recovery Auditing?**

Anfrage Stadtrat Dr. Jörg Hoffmann (FDP) und Stadtrat Johann  
Altmann (Freie Wähler)

MünchenSPD Stadtratsfraktion • Rathaus • 80313 München

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus

Alexander Reissl  
Stadtrat  
  
Ingo Mittermaier  
Stadtrat

Claudia Tausend  
Stadträtin  
  
Christiane Hacker  
Stadträtin

26. Oktober 2011  
AT\_S-8\_Tunnel\_2011\_10\_26.odt

## **Flughafenanbindung auf der S-8 Trasse in den Tunnel – Darstellung der Ergebnisse der Studie**

### **Antrag**

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Stadtrat die vom Freistaat Bayern in Auftrag gegebene und von der Landeshauptstadt München unterstützte Studie zur Untertunnelung der S-8 Trasse darzustellen. Hauptaugenmerk ist dabei auf eine komplette Tunnelvariante zu legen.

Der Freistaat Bayern und die Deutsche Bahn werden aufgefordert, diese Lösung, also einen Tunnel zwischen Zamdorf und Johanneskirchen umzusetzen. Die Stadt München setzt sich für diese Variante ein.

### **Begründung:**

Das am 23. November 2009 vom Bayrischen Wirtschaftsminister vorgestellte Ergebnis der Studie zur Flughafenanbindung Münchens - nämlich eine Streckenführung auf der S8-Trasse - siegte beim Nutzen-Kosten-Verhältnis mit dem Wert 1,7 und erreichte mit Investitionskosten von 175 Millionen Euro den niedrigsten Wert aller untersuchten Varianten.

Diese Trassenführung entspricht dem bereits vor Jahren von der Rot-grün geführten Landeshauptstadt München favorisierten M-Express-Konzept. In einer vom Freistaat Bayern beauftragten, von der Landeshauptstadt München unterstützten Untersuchung wurden zwischenzeitlich verschiedene Varianten einer Tunnellösung untersucht.

Die Rathaus-SPD fordert nach wie vor eine Verlegung der Strecke in einen Tunnel zwischen Zamdorf und Johanneskirchen. Den Anwohnern der S8-Trasse kann eine Verkehrsführung an der Oberfläche aus Lärmschutzgründen nicht zugemutet werden. Zudem würde eine Tunnellösung Platz für etwa 10.000 Wohnungen und ca. 4.000 Arbeitsplätze schaffen und weitere städtebauliche Entwicklungen im Münchner Nordosten ermöglichen. Das ist eine ebenso lang gehegte wie richtige Forderung der Landeshauptstadt München.

gez.

Alexander Reissl  
Stadtrat

gez.

Claudia Tausend  
Stadträtin

gez.

Ingo Mittermaier  
Stadtrat

gez.

Christiane Hacker  
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude

Rathaus

Claudia Tausend  
Stadträtin

Christian Amlong  
Stadtrat

Heide Rieke  
Stadträtin

Ulrike Boesser  
Stadträtin

Christiane Hacker  
Stadträtin

München, 26. Oktober 2011

## Mehr Aufenthaltsqualität in der Prälat-Zistl-Straße

### Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, Vorschläge zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Prälat-Zistl-Straße zu erarbeiten. Insbesondere sollen dabei verkehrsordnende Maßnahmen wie zum Beispiel eine Sperrung für den Durchgangsverkehr geprüft werden.

### Begründung:

Die Prälat-Zistl-Straße wurde mit dem Neubau der Schrankenhalle aufgewertet. Die dort ansässigen Gastronomiebetriebe haben heute dort großflächige Freischankflächen. Allerdings zwingt sich der Verkehr zunehmend durch die schmale Straße. Durch Lieferfahrzeuge wird diese Situation verschlimmert.

Eine Möglichkeit zur Abhilfe könnte die Sperrung der Prälat-Zistl-Straße für den Durchgangsverkehr darstellen. Dadurch würde nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die Nutzung des öffentlichen Raums und die Lärmbelastung verbessert.

gez.  
Claudia Tausend  
Stadträtin

gez.  
Christian Amlong  
Stadtrat

gez.  
Heide Rieke  
Stadträtin

gez.  
Ulrike Boesser  
Stadträtin

gez.  
Christiane Hacker  
Stadträtin

**MünchenSPD Stadtratsfraktion**

Postanschrift: Rathaus, 80313 München

Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München

Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99

E-Mail: [spd-rathaus@muenchen.de](mailto:spd-rathaus@muenchen.de)

[www.spd-rathaus-muenchen.de](http://www.spd-rathaus-muenchen.de)

**MÜNCHEN**



**SPD**





**Josef Schmid**

**MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN**

---

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

**ANTRAG**  
26.10.11

**Gasabfüllanlage und Gaslagerung in Allach-Untermenzing**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem Stadtrat wird dargestellt, inwiefern die Voraussetzungen zur Genehmigungsfähigkeit für die Anlage vor dem Hintergrund der generellen Gefährdung der Bevölkerung, insbesondere im Störfall, auf Grund der vom Vorhabenträger eingereichten Unterlagen und Gutachten gegeben sind. Ferner ist auf die verkehrliche Erschließung einzugehen, da der Ausbau der Ludwigsfelder Straße erst ansteht und derzeit auf den Planfeststellungsbeschluss gewartet wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, selbst ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches noch einmal objektiv nachprüft, ob die Voraussetzungen zur Genehmigung hinsichtlich eines ausreichenden Schutzes der Bevölkerung vorliegen.
3. Das weitere Verwaltungsverfahren wird für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit der größtmöglichen Transparenz durchgeführt. Die Informationen werden durch regelmäßige Information des Bezirksausschuss und den betroffenen Stadtteilbürgern zugänglich gemacht.

**Begründung:**

Der Vollzug des Verfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz stellt eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung dar. Die Behörde unterliegt einer gebundenen Entscheidung, wonach die Genehmigung zu erteilen ist, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Sie liegen damit grundsätzlich nicht in der Zuständigkeit des Stadtrates oder des Bezirksausschusses. Trotzdem ist es notwendig und angemessen, dass auf Grund der möglichen Gefährdung der Bevölkerung, der Stadtrat über alle Fakten informiert wird. Ferner erscheint es notwendig, dass die Stadt selbst, auf Grund der Gefahren, welche von den gelagerten und umgeschlagenen Gasen auf der geplanten Anlage ausgehen, ein neutrales und objektives Gutachten seitens der Stadt eingeholt wird. Die geplante Lagerung von Phosgen, einem hoch-toxischen Gas, welches bereits bei mehreren Unfällen im In- und Ausland mehrere hundert Menschenleben gekostet hat, hat die Bevölkerung stark verunsichert. Hinzu kommen in diesem Zusammenhang auch die berechtigten Einwände der Bürgerinnen und Bürger zum unzureichenden Ausbauzustand der Ludwigsfelder Straße. Jeder weitere Schritt im Verfahren muss deshalb mit größtmöglicher Transparenz gegangen werden, welche wohl am besten über eine regelmäßige Information des Bezirksausschusses über den Verfahrensfortschritt möglich ist.

gez.  
Josef Schmid, Stadtrat  
Fraktionsvorsitzender



Hans Podiuk    Georg Schlagbauer  
Otto Seidl    Johann Stadler

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

---

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

**ANTRAG**  
26.10.11

**Weitere Geldverschwendung beim AWM?**

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie die Rücklagen des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM) angelegt und wie hoch die Zinsen dafür sind. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit der Höhe der Rücklagen erklärt.

**Begründung:**

Kürzlich wurde in der Presse berichtet, dass das AWM seine Rücklagen in nicht unbeträchtlicher dreistelliger Millionenhöhe zu außergewöhnlich schlechten Konditionen angelegt hat. Angeblich fallen nur 0,5 Prozent Zinsen an. Diese Konditionen wären geradezu lächerlich und eine grobe Geldverschwendung, wenn man sich vor Augen führt, in welcher Höhe Zinsen fällig werden, wenn das AWM ein Darlehen aufnehmen muss.

Außerdem muss geklärt werden, wieso das AWM diese außergewöhnlich hohen Rücklagen anhäuft, wenn es gleichzeitig teure Kredite für die Investitionsmaßnahmen aufnehmen muss.

gez.  
Hans Podiuk  
Stadtrat

gez.  
Georg Schlagbauer  
Stadtrat

gez.  
Otto Seidl  
Stadtrat

gez.  
Johann Stadler  
Stadtrat

